

A n t w o r t

des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Sven Teuber und Jens Guth (SPD)
– Drucksache 17/11156 –

Situation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Real

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/11156** – vom 30. Januar 2020 hat folgenden Wortlaut:

Laut aktuellen Presseveröffentlichungen beabsichtigt die Metro AG, die Supermarktkette Real an eine Investorengemeinschaft zu verkaufen. Arbeitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler hat für Anfang Februar 2020 die Personalvertretungen der rheinland-pfälzischen Real-Standorte zu einem Austausch nach Mainz eingeladen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Informationen hat die Landesregierung zum beabsichtigten Verkauf von Real?
2. Welche Bedeutung misst die Landesregierung Real als Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz zu?
3. Wie unterstützt die Landesregierung die Beschäftigten?

Das **Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 12. Februar 2020 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Landesregierung hat den Vorsitzenden des Vorstands der Metro AG um Auskunft zum Verhandlungsstand gebeten. Ein persönliches Gespräch mit der Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie wurde angeboten.

Mit Antwort vom 27. Januar 2020 teilte der Vorsitzende des Vorstands der Metro AG mit, dass die Metro AG und das Handelsimmobilien-Konsortium, bestehend aus der SCP Group S.à.r.l. und X+LBricks, Exklusivität und eine Absichtserklärung für Verhandlungen zum Verkauf von Real vereinbart haben. Das Konsortium wolle das operative Geschäft von Real sowie die Immobilien vollständig übernehmen. Ein Großteil der heutigen Real-Standorte werde an andere Händler abgegeben werden. Darüber hinaus solle ein Kern an Märkten bestehen bleiben, der unter der Marke Real weiterbetrieben werden solle. Leider werde es unausweichlich sein, dass auch eine Anzahl von Märkten aufgrund von fehlenden wirtschaftlichen Perspektiven aufgegeben werden müsse. Diese Notwendigkeit stelle sich unabhängig vom Verkaufsprozess dar.

Der Vorsitzende des Vorstands der Metro AG informierte, die Weitergabe der Märkte erfolge unabhängig und zeitlich nachgelagert zu dem Verkauf von Real an das Konsortium. Es sei insofern nicht zu erwarten, dass mit Vollzug des Verkaufs eine unmittelbare Änderung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbunden sein werde.

Die Unterzeichnung des Vertrags werde für den Zeitraum vor der nächsten Hauptversammlung der Metro AG in Düsseldorf am 14. Februar 2020 erwartet.

Der Verkauf steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung der zuständigen Kartell- und Regulierungsbehörden.

Zu Frage 2:

Aktuell sind ca. 34 900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutschlandweit bei Real beschäftigt. Im September 2019 waren in Rheinland-Pfalz 1 895 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Für den Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz ist das Unternehmen damit ein wichtiger Arbeitgeber.

Zu Frage 3:

Eine offene Informationspolitik und der Austausch mit den Beschäftigten sind aus Sicht der Landesregierung wichtig, um die qualifizierten Fachkräfte für den Handel in Rheinland-Pfalz zu erhalten. Die Landesregierung unterstützt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Real – gemeinsam mit der Gewerkschaft ver.di – in ihrem Anliegen, sichere Informationen zu erhalten.

Der Vorsitzende des Vorstands der Metro AG sicherte im Schreiben vom 27. Januar 2020 zu, dass die Wahrung der Interessen der Beschäftigten bei Real ein zentrales Thema in den Verkaufsgesprächen mit dem Konsortium sei und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach dem Verkauf von Real vom Konsortium übernommen würden.

Er setze sich darüber hinaus für vertragliche Regelungen ein, nach denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von den übernehmenden Einzelhandelsunternehmen weiterbeschäftigt werden. Mit dem Gesamtbetriebsrat sei hierzu eine soziale Absicherung vereinbart worden.

Am 5. Februar 2020 fand hierzu im Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie ein Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Betriebsräte der rheinland-pfälzischen Real-Märkte statt. Der Vorsitzende des Vorstands der Metro AG wurde im Vorfeld hierüber informiert. Die Erwartung sozialverträglicher Lösungen wurde formuliert.

Die Anliegen der Beschäftigten werden von der Landesregierung aufgegriffen und an die Metro AG übermittelt. Der Forderung der sozialen Absicherung durch das voraussichtlich übernehmende Konsortium wird Nachdruck verliehen.

Die weitere Begleitung durch die Landesregierung wurde den Vertreterinnen und Vertretern der Betriebsräte zugesichert.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Staatsministerin